



CEPLI Resolution

Landkreise:

“Sicherheitsnetz für Bürgerinnen und Bürger im Kampf gegen die Covid-19 Krise“

Politischer Beschluss der 11. Politischen Konferenz von CEPLI

20. November 2020

CEPLI-Resolution zu Covid-19

Mit über 11 Millionen Infizierten und mehr als 276.000 Toten (Quelle: Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC)) hat die Corona-Pandemie Europa schwer getroffen.

Wir stehen jetzt vor der zweiten Infektionswelle und viele europäische Länder ergreifen strenge Maßnahmen, um die weitere Ausbreitung des Virus einzudämmen.

Diese Gesundheitskrise hat die wesentliche Rolle der Landkreise bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen im unmittelbaren Kontakt zum Bürger unterstrichen. Sie stehen an der Spitze des Kampfes gegen Covid-19 und erledigen alle notwendigen Gesundheitsmaßnahmen, z.B. über Quarantänemaßnahmen und die Kontaktverfolgung der Infizierten.

CEPLI ist der größte europäische Zusammenschluss von 1.167 Landkreisen, Provinzen und Départements in der Europäischen Union mit einer großen Erfahrung auf europäischer Ebene. Die Mitglieder von CEPLI:

- erkennen, dass die europäischen Institutionen zu Beginn der Krise nicht ausreichend auf die Pandemie und ihre Folgen vorbereitet waren.
- bedauern auch die unkoordinierten Grenzsicherungen der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die europäischen Grundfreiheiten.

- begrüßen die umfangreichen Maßnahmen und Erleichterungen im Bereich der staatlichen Beihilfen sowie im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens, die von der EU-Kommission in kürzester Zeit umgesetzt wurden.
- sind davon überzeugt, dass der erfolgreiche Kampf gegen eine globale Pandemie nur durch einen koordinierten, gemeinsamen europäischen Ansatz und aktive Solidarität verwirklicht werden kann. Dies beinhaltet die grenzüberschreitende Unterbringung von Intensivpatienten, den Austausch von notwendigen Sanitärmaterial, von Erfahrungen und Wissen.
- begrüßen die zwischen Parlament, Kommission und Rat erzielte Einigung über die Annahme des Next Generation EU Paketes und des Mehrjährigen Finanzrahmens für die EU 2021-2027, um die negativen Auswirkungen der Krise auf die europäische Wirtschaft zu verringern.
- stellen fest, dass die Covid-19-Pandemie einen dramatischen Wandel des modernen Arbeitsplatzes in Bezug auf Digitalisierung und Home-Office-Lösungen ausgelöst hat. Dies impliziert eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zeigt die große Bedeutung einer umfassenden Breitbandnetzinfrastruktur, insbesondere in ländlichen Gebieten.
- sind der Auffassung, dass die Landkreise die größten Herausforderungen bewältigen. Aufgrund ihrer Nähe zum Bürger setzen sie konkrete Maßnahmen vor Ort um und arbeiten mit den verschiedenen Verwaltungsebenen zusammen.
- sind davon überzeugt, dass mit der aktuellen zweiten Welle der Covid-19-Pandemie lokale und grenzüberschreitende Ansätze zur Bewältigung der Krise am besten die Lösungen liefern können, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürger entsprechen
- erinnern daran, dass ein Europa ohne lokale, mittlere und regionale Regierungen ein Europa ohne Bürger und Territorien ist, ein leeres Projekt ohne Zukunft.

Fordert die EU-Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen auf

1. die Maßnahmen in der gesamten EU zu koordinieren und eine angemessene finanzielle Unterstützung und mehr medizinisches Personal bereitzustellen, damit die Landkreise und Länderbehörden effizient auf die Covid-19-Krise reagieren können
2. den Kreisen direkten Zugang zu den neuen Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des Next Generation EU Fonds zu gewähren, um die enormen sozioökonomischen Auswirkungen der Coronavirus-Krise einzudämmen
3. mindestens 10% der Kohäsionsmittel 2021-2027 für Kommunen und Kreise zu reservieren, da sie den grünen, digitalen und sozialen Übergang steuern müssen, den Europa für seine Wiederherstellung benötigt

4. über den ESF + Sozialfonds lokale Behörden bei der Umsetzung der Inklusion zu unterstützen. Die Landkreise müssen umfassend in die Umsetzung einbezogen werden, da sie nahe an der Lebenswirklichkeit der Menschen sind und die tatsächlichen Bedürfnisse ihrer Gebiete kennen. Die zugewiesenen finanziellen Mittel müssen proportional zu den Bedürfnissen sein
5. den bürokratischen Aufwand aller mit dem Coronavirus Bekämpfung verbundenen europäischen Fonds zu verringern
6. europäische Solidaritätsprojekte auf lokaler Ebene zu fördern, um einen Dialog mit den Kreisen über Best-Practice-Beispiele im Kampf gegen Covid-19 aufzunehmen
7. die politische und institutionelle Rolle des Ausschusses der Regionen im Rahmen der EU-Verträge, als Versammlung der Behörden auf lokaler, Kreisebene und Ebene der Regionen zu stärken, um die EU näher zu den Menschen zu bringen
8. den Landkreisen bei der Konferenz für die Zukunft Europas eine wesentliche Rolle zuzuweisen und sie in die künftigen Verhandlungen zur EU-Gesundheitsunion einzubeziehen